

China 1840-1911: Forschungsstand

Thanner, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thanner, A. (2004). *China 1840-1911: Forschungsstand*. (ExMA-Papers). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-193304>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZÖSS

ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN



ExMA-Papers
Exemplarische MasterArbeiten

ALEXANDER THANNER

CHINA 1840-1911

Forschungsstand



1. Lernwerkstattarbeit aus dem 1. Lehrgang, 2004
im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien

ISSN 1868-5005/1

Redaktion:

ZÖSS

Department Wirtschaft und Politik

Universität Hamburg – Fakultät WiSo

Von-Melle-Park 9

D – 20146 Hamburg

Im Internet: www.wiso.uni-hamburg.de/zoess

Inhalt

1. Einführung in die Problemstellung und Arbeitsmethoden	2
2. Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse im feudalen China.....	4
2.1 Die Asiatische Produktionsweise.....	6
2.2 Der Opiumkrieg	9
2.3 Wachsende Spannungen und Widersprüche in der Feudalgesellschaft Chinas.....	10
3. Vom Taiping-Aufstand bis zum Scheitern der Reformbemühungen.....	12
3.1 Die Eingriffe der Westmächte bis 1898.....	13
3.2 Die Hunaner Reform und die „Reform der 100 Tage“	14
3.3 Der Boxeraufstand	15
4. Ethische Grundlagen des kaiserlichen China	17
4.1 Das Chinabild des deutschen Idealismus und Max Webers	18
4.2 Die Gegenthese von Heiner Roetz.....	20
5. Abgleich mit dem Habermasschen Krisenbegriff	21
6. Zusammenfassung und vorläufiges Resümee	23
Literatur	25

1. Einführung in die Problemstellung und Arbeitsmethoden

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, als ein erster grundlegender Abschnitt einer weiterführenden Chinaforschung, zum Verständnis heutiger Transformationsbemühungen im marktwirtschaftlichen Experiment „Shanghai“ und perspektivischen Einschätzung der weiteren Entwicklung Chinas zu kommen. Zu diesem Zweck werden einerseits die historischen Umstände und Entwicklungen in der chinesischen Gesellschaft untersucht, die zur Absetzung der feudalen und absoluten Monarchie führten, die konstitutiv für die Bildung der späteren Volksrepublik gewesen sein dürften. Andererseits soll neben dieser eher real-materialistischen Betrachtung auch der Wandel des politisch-ethischen Diskurses in China und in Europa über China Berücksichtigung finden.

Um die für die Zivilisationsentwicklung entscheidenden Begriffe ‚Krise und Regulierung‘ auch auf die chinesischen Verhältnisse übertragen zu können, wird überprüft, ob sich die gesellschaftlichen Veränderungen Chinas im 19. Jh. mit einem abendländischen Begriffskontext erfassen lassen. Die Herstellung einer solchen gemeinsamen Begriffsebene erscheint uns als unabdingbar für das Verstehen. Bis zur Entscheidung über die Möglichkeit der inhaltlichen Füllung einer solchen gemeinsamen Ebene wollen wir jedoch rein formal im Folgenden bereits jetzt den Begriff „Krise“ auf die chinesischen Verhältnisse anwenden. Die interessenleitende Metathese für den gesamten Untersuchungsrahmen lautet hierbei: Lässt sich ein universeller Krisenbegriff erfassen, könnten sich aus dem Vergleich des Umgangs der „fremden“ chinesischen Gesellschaft mit ihren Krisen neue Ansätze zur eigenen, europäischen Krisenvermeidung bzw. ihrer Bewältigung entwickeln. Damit und darüber hinaus ergeben sich eventuell Anregungen zur theoretischen Entwicklung einer anderen westlichen Moderne.

Für die historisch-materielle Betrachtung fokussieren wir uns auf die Entwicklung, bis hin zum sog. Boxeraufstand, der einesteils der Schlussakt der chinesischen Monarchie, aber auch, wie von uns angenommen, eine singuläre Erscheinung in einer mindestens 100 Jahre andauernden Modernisierungskrise war. Die besondere Qualität des Boxeraufstandes für die vorliegende Untersuchung – in der langfristigen chinesischen Krise vom Opiumkrieg bis zur Ausrufung der Republik 1911, die als Ausdruck des Zusammentreffens verschiedener Krisenerscheinungen gesehen werden kann – ist durch das Hinzutreten einer Legitimationskrise begründet. Diese manifestierte sich just am Gipfel der seit langem schwelenden Widersprüche der Modernisierung und diente als „Initialzündung“

gesellschaftlicher Unruhen und Umbrüche, die weit über die Republikgründung 1911 hinausgingen.

Der Konfuzianismus war staatstragende Ideologie des Jahrtausende anhaltenden Feudalismus in China, daher wurde dieser und vor allem der im Mittelalter entstandene legalistische Neokonfuzianismus hier wie dort abgelehnt. Die immer wiederkehrenden Restaurationen des traditionsbegründenden Konfuzianismus, jenseits der regulatorischen Auslegungen bieten jedoch, auch angesichts aktueller gleichgesinnter Tendenzen, Anlass, sich mit seiner grundsätzlichen Modernisierungsfähigkeit und der Eignung zu einer modernen Wirtschaftsethik zu befassen. Eine Sache, die im Westen seit Hegel und mit Weber und vor Ort durch Mao Tsetung, ob der unterstellten Unflexibilität seiner universalistisch-traditionalen Sicht, die keine Reform zulasse, abgelehnt und im Falle Maos sogar bekämpft wurde.

In der Diskussion um die neuesten Rehabilitationsversuche wird daher von besonderem Interesse sein, ob eine modernisierte konfuzianische Wirtschaftsethik Elemente enthält, die auch für das Abendland Wege in eine andere Moderne bereithält und das hiesige Verhältnis von Mensch und Natur reformieren hilft.

In der vorliegenden Untersuchung werden hermeneutische Verfahren zur Anwendung kommen, die in iterativen Prozessen die jeweilig beschriebenen historischen Einzelercheinungen und Einzeldeutungen in einem Abgleich dem Gesamtprozess gegenüberstellen und umgekehrt. So sollte es möglich sein, durch das Literaturstudium zu einer gesellschaftstheoretischen Einschätzung der Krise des kaiserlichen Chinas und einer Bewertung des Diskurses über die konfuzianische Wirtschaftsethik zu kommen.

Hierbei ist unbedingt zu beachten, dass es sich bei dieser Arbeit lediglich um einen grundlegenden Einstieg in eine wesentlich komplexere Untersuchung über die Verhältnisse im modernen China handelt.

Eingedenk der Schwierigkeiten, aufgrund mangelnder Kenntnisse der chinesischen Sprache und demzufolge wegen des bestehenden Übersetzungsproblems nicht ohne weiteres zu einem direkten Verständnis der chinesischen Verhältnisse kommen zu können, geht es aber auch (oder dennoch) um die Vermehrung von Einsichten in die eigene europäischen Verhältnisse.

Es geht vor allem also nicht darum, was China von den westlichen Verhältnissen lernen sollte, sondern vielmehr darum, was wir im Westen aus den chinesischen Verhältnissen lernen können.

In Kapitel 2 wird zunächst ein Überblick über die Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Spannungen und Widersprüche in China vor dem Opiumkrieg gegeben, wobei uns der Opiumkrieg als die erste materiale Konfrontation mit den modernen imperialistischen westlichen Industrienationen (hier vertreten durch Großbritannien) gilt. Kapitel 3 befasst sich mit den wiederholt aufkeimenden Unruhen als Ausdruck der anwachsenden Modernisierungskrise vom Taiping-Aufstand bis zum Scheitern der Hunaner Reformen. Vorläufig abgerundet wird das Bild dann von der Eskalation im Boxeraufstand und dessen Folgen bis zur Ausrufung der Republik in Kapitel 3.3.

Kapitel 4 befasst sich mit dem europäischen Diskurs um die konfuzianische Wirtschaftsethik, ausgehend von der Prägung des westlichen Chinabildes durch den Deutschen Idealismus und der Soziologie Max Webers, kontrastierend zu der Auffassung der frühen Aufklärung in Kapitel 4.1 und der Vorstellung einer aktuellen Gegenthese von Heiner Roetz zu dieser Thematik in Kapitel 4.2.

Nach einer Zusammenfassung wird in Kapitel 5 der Versuch einer Krisendefinition unternommen und im Abgleich mit dem Habermasschen Krisenbegriff die Möglichkeit einer begrifflichen Verallgemeinerung geprüft sowie im abschließenden Kapitel 6 ein vorläufiges Resümee vorgestellt.

2. Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse im feudalen China

China war, eigentlich noch bis zur Volksrevolution Mao Tsetungs, ein wirtschaftlich rückständiges, halbkoloniales Land mit betont feudalistischen Überbleibseln. Das akkumulierte Handelskapital verschmolz auf dem Lande mit der Herrschaft der Feudalherren und Gutsbesitzer, die den Bauernstand ausbeuteten und unterdrückten. Während auf dem Dorf vorkapitalistische Verhältnisse vorherrschten, waren die Schlüsselindustrien und die Infrastruktur zum größten Teil in der Hand ausländischer Monopole. Sowohl die Ausländer als auch die eigene politische Führung zeigten kein Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte, es scheint teilweise sogar, als würde die industrielle Entwicklung aktiv behindert worden sein, obwohl die (hauptsächlich aus Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern bestehende) Bevölkerung, völlig verarmt war und hungerte. Das Nationaleinkommen lag 1931 immer noch unter 20 Dollar pro Kopf jährlich.¹

¹ Vgl. Awarin (1957), S. 46.

Seit der feudalen Restauration des ersten Ming-Kaisers war der Hauptteil der Ackerflächen Staatseigentum und als Lehen vergeben. Er war es auch, der den Konfuzianismus zur offiziellen Ideologie des Feudalsystems erklärte.²

Seit dem ausgehenden 17. Jh. stand China unter der Fremdherrschaft der Mandschu, die vorgefundene Feudalstrukturen übernahmen und diese trotz immer wieder aufkeimenden Unruhen brutal zur Unterdrückung der Chinesen nutzten. Die Bauern mussten neben den Frondiensten Steuern an den Staat und Ernteanteile an den Feudalherren abführen. Der Staat behielt sich den Betrieb der Manufakturen, den Abbau der Bodenschätze und das Monopol des Salzhandels vor. Unter diesen Voraussetzungen war die Bildung nennenswerten privaten Eigentums weder beabsichtigt noch möglich. Die so ausgebildete innere Schwäche Chinas – vor allem gegenüber ausländischen Mächten – trat erstmals deutlich Mitte des 19. Jh. im Zusammenhang mit dem Opiumhandel und dem Opiumkrieg zu Tage.

Der Anstieg der Waren und Kapitalimporte nach dem Opiumkrieg brachte die heimische, auf Handarbeit basierende Industrie unter einen Wettbewerbsdruck zu billigeren Importwaren, dem sie auf Dauer nicht standhalten konnte. Der durch die folgenden Steuerausfälle drohende Staatsbankrott unterstützte eine fortschreitende Pauperisierung, die zunehmend zu Aufständen führte und vorläufig im Taiping-Aufstand mündete.³

Unter der Regierung der Kaiserwitwe Tsu Hsis wurden zwischen 1860 und 1880 zwar erste kapitalistische Industrieunternehmen (z.B. Kohlengruben, Seiden- und Textilfabriken, Eisenbahnlinien und Hüttenwerke) in Betrieb genommen, diese blieben aber zum größten Teil in Staats- bzw. Beamteneigentum und blieben unter staatlicher Kontrolle. An den feudalen Verhältnissen änderte die konservative Regentin jedoch nichts, obwohl sich damals erste Enklaven eines Industrieproletariats bildeten. Das durch die feudalen Strukturen bedingte, anhaltend niedrige Entwicklungsniveau der Landwirtschaft, die Enge des inneren Marktes, die Willkür der Beamten sowie die Konkurrenz des ausländischen Kapitals bereiteten der kapitalistischen Entwicklung Chinas nach wie vor ungeheure Schwierigkeiten.⁴

Diese Situation hielt im Grunde bis zum Untergang der Dynastie (1909) an. Anfang des 20. Jh. war China halbkolonial in einem System ungleicher Verträge mit den ausländischen Mächten gefangen und der wichtigsten Attribute staatlicher Souveränität beraubt. Erst das sich trotz der widrigen Bedingungen sukzessive entwickelnde nationale Kapital ermöglichte, nach dem Erlöschen des Herrscherhauses, die chinesische Revolution unter Sun Yatsen.⁵

² Vgl. Jesimow (1957), S. 112.

³ Ebd., S. 118-125.

⁴ Ebd., S. 131.

⁵ Ebd., S. 139.

Die neu gegründeten Textilfabriken, Bergwerke und Mühlenindustrien und die wachsende Zahl der ausländischen Betriebe konnten jedoch auch nach der Ausrufung der Republik nicht darüber hinweg täuschen, dass China im Wettbewerb von inländischem und ausländischem Kapital all zu oft ins Hintertreffen geriet. Die Situation war vielmehr die, dass die chinesische Wirtschaft fest in der Hand von ausländischen Banken war, die chinesische Landwirtschaft zunehmend in die Abhängigkeit des Weltmarktes geriet und immer noch 60-70% der Bauern kein eigenes Land besaßen und als Pächter ihr Dasein fristeten.⁶

2.1 Die Asiatische Produktionsweise

Bei der Suche nach einer Erklärung für die starre Gesellschaftsordnung und die Unfähigkeit zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse im kaiserlichen China, überzeugt die Theorie der „Asiatischen Produktionsweise“, die, obwohl schon bei Karl Marx angeklungen, von Karl A. Wittfogel vollständig ausgearbeitet wurde.

Diese Theorie weist auf einen entscheidenden Unterschied in der Entwicklung agrarischer Gesellschaften hin. Im Gegensatz zu eher feuchten Gebieten mit regenbewässerter Landwirtschaft, wie z.B. in Mitteleuropa, muss das Ackerland in trockenen Gebieten großflächig bewässert werden. Diese großflächige Wassermanipulation benötigt den massenhaften Einsatz von Arbeitskräften, einesteils zur Errichtung und für den Unterhalt der Bewässerungsanlagen selbst, anderenteils zur Errichtung und für den Unterhalt von Schutzanlagen zur Flutabwehr. Die für solche Leistungen benötigten Arbeitsgruppen erfordern aufgrund des hohen Organisationsbedarfs die Unterwerfung unter eine führende Autorität. Da solche sog. *hydraulischen* Landwirtschaften deutlich produktiver und ertragreicher sind als sogar die Regenbewässerten, wird das Nachgehen dieses erkannten Vorteils zunächst freiwillig mit dem Preis verlorener Freiheit bezahlt.⁷

Bestätigt wird dieses Kalkül durch die Tatsache, dass sich der halbtrockene, hydraulisch bewirtschaftete Norden Chinas zügig zum Zentrum der Macht und des kulturellen Fortschritts in Alt-China aufschwang. Der hydraulische, großdimensionale Ackerbau mit behördlich betriebenen Bewässerungsanlagen ermöglicht allerdings, wenn sie zu hydraulischen Eigentumsformen führen, auch manageriale, despotische Herrschafts- und

⁶ Vgl. Jesimow (1957), S. 139-142.

⁷ Vgl. Wittfogel (1962), S. 40-43.

Gesellschaftsformen. Deren Voraussetzungen waren Regenarmut, Isolation und die vorindustrielle Produktionsweise, die sämtlich in China vorhanden waren.⁸

Die Agrarbürokratie bildet nun die herrschende Klasse, die den vollständig in staatlichem Eigentum befindlichen Boden sowie die Wasserzuweisung und den Frondienst der Bevölkerung reguliert. Diese privilegierte Kaste von Verwaltungsbeamten und regionalen Führern unterstehen völlig einem absoluten Herrscher, dessen Willen, Wirtschaft, Militär, Religion und Recht sie total untergeordnet sind. Zünfte spielen in hydraulischen Gesellschaften politisch keine Rolle.⁹

Die altchinesischen Institutionen des gottgleichen, absoluten Kaisers und der mächtigen Kaste der Beamten und des Landadels (Gentry) wären so zu erklären.

Als Beleg für den tatsächlich erfolgten Übergang von der hydraulischen zur politischen Führung, gibt Wittfogel das Beispiel des „großen Yü“, eines mythischen hydraulischen Funktionärs, der sich zum Kaiser und Begründer der ersten erblichen Dynastie, der Hsia, aufschwang.¹⁰

Zum Ausbau und zur Festigung der eigenen Machtposition fördert das hydraulische Regime durch weitere Großbauten (z.B. Trinkwasseraquädukte, Schifffahrtskanäle, Palast- u. Verteidigungsanlagen) die straffe Organisation der Gemeinschaftsarbeit.¹¹ Diese Großbaugemeinschaft fördert vermutlich die Entwicklung eines kollektiven Gesellschaftsbewusstseins. Obwohl der technische Fortschritt während der Entwicklung der hydraulischen Wirtschaft hoch ist, stagniert diese jedoch, einmal zur Blüte gekommen, und verläuft von da an (nicht unbeabsichtigt) statisch.

Da sich der hydraulische Staat alle Wirtschaftszweige einverleibt, können sich nicht-staatliche, unabhängige Körperschaften und damit eine politische Opposition nicht herausbilden. Der Staat wird stärker als die Gesellschaft.¹²

Komplettiert wird diese totale Herrschaft durch die Einrichtung eines umfassenden Nachrichtendienstes im „schnellen Verkehr“ als mächtiges Mittel der gesellschaftlichen Kontrolle.¹³

⁸ Vgl. Wittfogel (1962), S. 36-37 u. 45.

⁹ Ebd. S. 26-27.

¹⁰ Ebd. S. 52.

¹¹ Ebd. S. 56-57.

¹² Ebd. S. 80.

¹³ Ebd., S. 86.

Ideologiesicherung und Gedankenkontrolle zum Erhalt des theokratischen Systems wurden durch die Zugangsregelung zum Beamtenstand per Examen, nach einem konservativen Konfuziusstudium gewährleistet. Konfuzius kann so als ideologische Grundlegung des hydraulischen Regimes betrachtet werden.

Die Familie ist daher nicht von ungefähr ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Gesellschaft. Die starke Stellung der „pater familias“ verdankt der als staatlicher Hilfspolizist fungierende Familienvorstand nämlich der Unterstützung des despotischen Staates, bestraft dieser doch einerseits den Ungehorsam gegen den Vater und andererseits den Vater selbst, wenn er den Gesetzesbruch eines Familienmitgliedes nicht verhindert.¹⁴

Die hydraulischen Aneignungsformen sind Frondienst, Grundsteuern und Konfiskation – die Androhung von letzterem dient auch dem Machterhalt gegenüber den eigenen Beamten und verringert den Anreiz zur Bildung privater Vermögen. So zieht die hydraulische Gesellschaft ein dichtes fiskalisches Netz über die Agrarwirtschaft des Landes.¹⁵

Ein derart statisches und auf eigenen Vorteil durch Ausbeutung gerichtetes System hat natürlich wenig Interesse an der Bildung und Existenz von privatem Eigentum, zumal der Kernpunkt in der monopolartigen Aneignung aller wirtschaftlichen Tätigkeit, des Mehrwerts und der Eigentumstitel liegt.

Daher wird unter hydraulischen Bedingungen die Entwicklung des Privateigentums durch gesetzliche, gerichtliche, fiskalische und politische Faktoren gehemmt und ist deshalb auch nie stark genug, die Macht des Staates in Schranken zu halten.

Wesentliches Instrument zur Verhinderung der Eigentumsakkumulation ist das Erbrecht in hydraulischen Gesellschaften, das testamentarische Nachlassregelungen nicht zulässt und das Erbe per Gesetz auf alle Erbnehmer, zwecks Eigentumsteilung, aufteilt.¹⁶

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, dass weder der theokratische Kaiser noch die Gentry im 19. Jh. ein Interesse an der Modernisierung der Gesellschaft oder der industriellen Entwicklung an den Tag legten, da diese eventuell neue Eigentumsstrukturen herausgebildet hätten, die eine Gefahr für die eigene Machtbasis darstellten.

Wittfogel weist selbst auf die Unfähigkeit hydraulischer Gesellschaften zur Modernisierung und Industrialisierung von innen hin, es braucht Druck von außen.¹⁷

Dieser „Druck von außen“ trat spätestens mit dem Opiumkrieg machtvoll auf den Plan.

¹⁴ Vgl. Wittfogel (1962), S. 157-159.

¹⁵ Ebd. S. 101-115.

¹⁶ Ebd. S. 115.

2.2 Der Opiumkrieg

Der im 19. Jh. stark zunehmende Konsum von Opium mag bereits als Anzeichen eines steigenden Krisenbewusstseins in der chinesischen Bevölkerung gedeutet werden. Die 1834 eingeführten 3,6 Mio. Pfund Opium lassen zumindest auf einen regen Verbrauch breiter Bevölkerungsschichten schließen.¹⁸ Die Ostindische Kompanie besaß das Monopol des englischen Handels mit China, das bis Anfang des 19. Jh. seine Handelsbilanz noch aktiv halten konnte. Dann aber begann die Ostindische Kompanie ihren Export von Opium nach China gewaltig auszudehnen. Ab 1825 gestaltete sich die chinesische Handelsbilanz wegen der Opiumexporte dann auch lawinenartig negativ. Am Hofe setzte sich schließlich eine Gruppe durch, die für ein generelles Verbot des Opiumhandels eintrat und die Beschlagnahme und Vernichtung sämtlicher Opiumvorräte in China veranlasste.¹⁹

Großbritannien nahm das Verbot umgehend zum Anlass für die Aufnahme von Kriegshandlungen, wobei die Öffnung Chinas für den Handel und die diplomatische Gleichstellung die tiefer liegenden Gründe gewesen sein dürften.²⁰ Der überlegenen Ausrüstung und Ausbildung der britischen See- und Landstreitkräfte hatte China jedoch nichts entgegen zu setzen. Nachdem die Briten mit 80 Schiffen vor Nanking aufkreuzten, kapitulierte der Pekinger Hof im August 1842. Großbritannien diktierte den Vertrag von Nanking, nachdem fünf Häfen für den Handel zu öffnen waren, Hong Kong abzutreten war und britischen Konsuln ein direktes Verhandlungsrecht mit chinesischen Behörden eingeräumt wurde. In einem Zusatzvertrag wurde die sog. „Meistbegünstigungsklausel“ vereinbart, wonach Großbritannien automatisch in den Genuss eines jeden mit anderen Mächten vereinbarten Privilegs kam. Die Kriegsentschädigung wurde auf 21 Mio. Dollar festgelegt. Der Opiumhandel wurde dagegen überhaupt nicht mehr erwähnt, gleichwohl aber noch einmal deutlich ausgeweitet.²¹ Nach einer weiteren Strafexpedition, aufgrund kleinerer Unregelmäßigkeiten des Vertragsvollzugs, musste Peking 1858 in den Friedensvertrag von Tientsin einwilligen. Neben der Öffnung weiterer Häfen und der Gewährung zusätzlicher Privilegien wurde mit dem Austausch von Gesandten die diplomatische Gleichstellung erzwungen.²²

Der Opiumkrieg war die erste direkte militärische Intervention einer Westmacht auf dem Territorium Chinas, sie sollte aber nicht die letzte bleiben.

¹⁷ Vgl. Wittfogel (1962), S. 290 f.

¹⁸ Vgl. Tobel (1975), S. 13.

¹⁹ Vgl. Deppe (1999), S. 337.

²⁰ Vgl. Tobel (1975), S. 19.

²¹ Ebd., S. 20.

²² Ebd., S. 21 ff.

2.3 Wachsende Spannungen und Widersprüche in der Feudalgesellschaft Chinas

Zu Beginn des 15. Jh. war China aufgrund des hohen Kommerzialisierungsgrades eines breiten handwerklichen und manufakturiellen Sektors in wissenschaftlicher, allgemein technischer und nautischer Hinsicht und auch in der Schiffsbaukunst den Europäern mehr oder minder überlegen. Im 19. Jh. geriet es aber zunehmend in eine tiefe, sich zuspitzende Krise, in der sich unter dem Druck äußerer Mächte und innerer sozioökonomischer Spannungen die traditionelle Ordnung in China in dieser Wechselwirkung von internen und externen Determinanten mehr und mehr, zuletzt geradezu katastrophisch, aufzulösen begann.²³ Die wechselseitig durchdrungenen Welten der in lokale Marktnetzwerke eingebetteten agrarischen, abergläubischen Dorfgesellschaften auf der einen Seite und die durch gebildete, per Examen rekrutierte Träger konfuzianischer Staatsideologie aufrechterhaltene imperiale Staatsverwaltung auf der anderen Seite, die seit alters her die soziopolitische Struktur des kaiserlichen Chinas bestimmt hatten, generierten gemeinsam die herrschende Klasse der chinesischen Gentry. Diese Adelsklasse stützte sich sowohl auf Staatsämter als auch auf die Pachteinnahmen aus Grundbesitz. Die Landgentry verwaltete im Auftrag des Kaisers das ökonomisch extrem dezentrale China und bildete so die Basis für die Stabilität des Staates. Im 19. Jh. verselbständigte sich nun diese lokale und regionale Herrschaft, während die zentralstaatliche Macht zusammenbrach.

Alle Ansätze zur Modernisierung des Landes wurden durch diesen Prozess der chronischen Desintegration blockiert.²⁴

Parallel erweiterte sich die Schere zwischen Bevölkerungswachstum und Agrarproduktion, da keine neuen Gebiete erschlossen werden konnten. Hinzukommende Naturkatastrophen und die Wirkung von Kriegen und Aufständen verschärften noch die ohnehin angespannte materielle Lage der Landbevölkerung. Gleichzeitig verschlechterten sich die Staatsfinanzen kontinuierlich durch Reparationszahlungen, Rüstungsausgaben und rückläufigen Einnahmen. Die seit langem statisch-stagnative und durch Korruption geschwächte Wirtschaft war nicht imstande, die zunehmende Pauperisierung der Bevölkerung abzufangen.²⁵

Die im Taiping-Aufstand (siehe Kapitel 3.1) hinzutretende ideologische Aufspaltung der Konfuzianisten und der modernen westlichen Prägung der zumeist im Ausland ausgebildeten

²³ Vgl. Deppe (1999), S. 335.

²⁴ Ebd., S. 336.

Intellektuellen erschütterte zudem die vormals universelle ethische Grundlage und ideologische Ordnung Chinas.

Das chinesische Selbstverständnis einer überlegenen Kulturnation, die in sich autark ist und keine Kontakte zum Rest der Welt benötigt, wurde von der anschaulichen militärischen Überlegenheit und der wirtschaftlichen Potenz der plötzlich im Land intervenierenden Westmächte und den zugefügten Demütigungen nachhaltig erschüttert.

Ein schneller Anpassungs- und Nachholprozess nach japanischem Vorbild misslang (über die vorgenannten Umstände hinaus, vor allem wegen des starren Festhaltens der chinesischen Gentry, die um ihre Privilegien und Pfründe fürchtete) an der traditionellen, konfuzianischen Gesellschaftsordnung.

Das alles beschreibt den Kern der 100-jährigen Krise Chinas im 19. Jh., eine Krise, die auch dazu geeignet war, dass die verarmte Bevölkerung dem Herrscherhaus zunehmend das sog. „Mandat des Himmels“ entzog. Diese charismatische Legitimation des chinesischen Kaisers, dessen einzige Aufgabe es war, die innere Ordnung zu erhalten und für das Wohlergehen des Volkes zu sorgen, bedeutete den Vermittlungsauftrag für den Herrscher zwischen der himmlischen Ordnung und dem Volk. Erfüllte der Kaiser seine Aufgabe nicht, führte dieser Vertrauensverlust seit jeher zum Entzug des „Mandat des Himmels“ und die Dynastie wurde gestürzt.²⁶

Diese mit der Pauperisierung einhergehende Legitimationskrise verschärfte die Widersprüche und Spannungen gegen Ende des 19. Jh. noch zusätzlich. Kennzeichnend für die Bedeutung dieser Krise und der von ihr ausgelösten tiefen Erschütterung der chinesischen Gesellschaft, erscheinen auch folgende Anmerkungen von Frank Deppe:

Dass „politisches Denken und praktische Politik Chinas bis in unsere Tage von dieser mehr als 100 Jahre andauernden Krise geprägt sind“²⁷ sowie „Diese verschiedenen Spannungen und Widersprüche entluden sich in der Mitte des 19. Jh. in der gewaltigsten sozialen Explosion, von der die chinesische Welt je erschüttert wurde. Der sog. Taiping-Aufstand und eine Reihe weiterer Erhebungen bis etwa 1878 markieren tiefe Einschnitte in die chinesische Geschichte, deren sozialrevolutionäre Traditionen ihrerseits weit in das 20. Jh. hinein fortwirkten.“²⁸

²⁵ Vgl. Deppe (1999), S. 336 f.

²⁶ Vgl. Buck (1996), S. 29 f.

²⁷ Vgl. Deppe (1999), S. 335.

²⁸ Ebd., S. 338.

3. Vom Taiping-Aufstand bis zum Scheitern der Reformbemühungen

Der im Grunde schwache Stoß, den Großbritannien dem chinesischen Reich im Opiumkrieg versetzte, war doch ausreichend, dessen ganze innere Brüchigkeit bloßzulegen und bis zu einem gewissen Grad dem chinesischen Volk bewusst werden zu lassen.

Das Bündnis der mandschurischen und chinesischen Oberschicht lockerte sich und die chinesischen Beamten versuchten, ihre Position gegenüber dem absoluten Herrscherhaus zu stärken, indem sie die Stellung der lokalen Behörden weiter ausbauten.²⁹ Die entstandenen Stadt-Eliten vernachlässigten zunehmend die Belange der landwirtschaftlichen Produktion und die Organisation der ländlichen Milizen und wendeten sich eher Plänen zur Errichtung moderner Industrien und einer sog. „Neuen Armee“ zu.³⁰ Die Aktivität der durch die vernachlässigten Milizen mit Waffen versorgten Geheimgesellschaften nahm zu. Es bedurfte nur noch eines charismatischen Führers um die zahlreich entstandenen kleinen Unruheherde zu bündeln und ein gemeinsames Losschlagen zu ermöglichen. Diese Rolle fiel dem Bauernsohn Hung Hsiu-ch`üan zu, der, von Visionen geleitet, innerhalb von zwei bis drei Jahren eine Gefolgschaft von ca. 30.000 Leuten (Bauern, Arbeiter und Banditen) um sich scharte und 1850 in Kuangsi einen Aufstand losbrach, der sich ungeheuer schnell ausbreitete.³¹ Bereits im folgenden Jahr konnte ein eigener Staat im Staat gegründet werden. Dieses sog. „Himmlische Reich des allgemeinen Friedens“ verfolgte mit Hung als seinem ausgerufenen König das Ziel der Verschmelzung von politischen, militärischen und sozialen Vorstellungen zu einer einheitlichen, theokratischen Konzeption. Privatbesitz war abgeschafft, der Boden wurde Gemeinbesitz und nur zur Nutzung vergeben. Die Steuern wurden niedrig gehalten. Gleichstellung der Geschlechter bis in die Militärstruktur und die Aufhebung von Traditionen wie z.B. das Binden der Füße junger Mädchen oder die unfreie Gattenwahl waren ebenso Anzeichen der revolutionären Neuordnung wie das Verbot von Opium-, Alkohol- und Tabakgenuss.³²

1852/53 zogen die Taiping den Yangtse ostwärts, wo sie schließlich Nanking eroberten, ohne jedoch bis Shanghai weiter zu rücken, das von einer sympathisierenden Geheimgesellschaft gehalten wurde. Obwohl die bis dahin auf ca. 1 Mio. Aktive angewachsenen Taiping noch bis 1856 Erfolge verzeichneten, trat dennoch eine schleichende, interne Stagnation der Bewegung

²⁹ Vgl. Fischers Weltgeschichte (1979), S. 315 f.

³⁰ Vgl. Hürter (2002), S. 27 f.

³¹ Vgl. Fischers Weltgeschichte (1979), S. 316.

³² Ebd., S. 317.

ein.³³ Erst als die hilflos erscheinende Mandschu-Regierung durch die offen Partei ergreifenden Westmächte (die von den Mandschu die größeren Zugeständnisse erwarteten) militärisch unterstützt wurden, gelang es der Regierung den Aufstand zu beenden. Es dauerte allerdings noch bis 1866, bis die letzten versprengten Gruppen niedergeschlagen werden konnten.³⁴

Die Folgen des Bürgerkriegs waren weitreichend. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Zerstörungen und Millionen von Toten war immens. Die Taiping-Rebellion war für die herrschende Ordnung und deren Vertreter eine Frage von Sein oder Nichtsein.³⁵ Das Bündnis zwischen Mandschu und chinesischer Oberschicht wurde trotz der stark erschütterten Stellung der mandschurischen Aristokratie noch einmal bekräftigt. Die konfuzianische Beamenschaft ging daher gestärkt aus den Wirren hervor.³⁶

Diese neue Position gaben die Beamten auch während der nun einsetzenden Restauration der Tsung-Dynastie nicht wieder ab und formulierten stattdessen noch konservativere wirtschaftspolitische Ziele, wie z.B. die Stabilisierung der Agrargesellschaft, Intensivierung des Ackerbaus durch bessere Wasserkontrolle, die Steuerung des Handels durch Vorabsteuern und Binnenzölle und die Eröffnung neuer Bergwerke. Die Infrastruktur wurde jedoch nicht ausgebaut und der Staatshaushalt wurde durch Auslandskriegsanleihen während des Taiping-Aufstandes und dem Programm der „Selbststärkung“ (Aufrüstung durch ausländische Technik und Methoden, die jedoch durch den Mangel an entsprechendem „Human Kapital“ weitgehend erfolglos blieb) zusätzlich belastet.³⁷

Mit dem Taiping-Aufstand manifestierte sich auch erstmals die ethische Kluft zwischen dem streng konfuzianistischen, traditional organisierten Staatsapparat und den modernen, am westlichen Wertekanon orientierten Reformisten.

3.1 Die Eingriffe der Westmächte bis 1898

Seit im Opiumkrieg die westlichen imperialistischen Staaten der offensichtlichen Schwäche Chinas gewahr wurden, ließen sie keine Gelegenheit aus, durch die Demonstration ihrer militärischen Stärke, China zu territorialen und vertraglichen Zugeständnissen zu zwingen und auch sonst mancherlei Privilegien für sich herauszuschlagen. Deutschland, Russland,

³³ Vgl. Fischers Weltgeschichte (1979), S. 318.

³⁴ Ebd., S. 319.

³⁵ Vgl. Tobel (1975), S. 18.

³⁶ Vgl. Fischers Weltgeschichte (1979), S. 319.

³⁷ Ebd., S. 320 ff.

England, USA, Frankreich und Japan verfolgten diese Ziele am energischsten aber auch viele Staaten mit geringerem Engagement wie Österreich, Belgien und Italien zogen sich ihren Teil des Kuchens ab.³⁸ Wie auch aus den im Anhang beigefügten Aufstellungen ersichtlich wird, werden der chinesischen Regierung immer wieder durch Drohung oder tatsächliche Kriegshandlungen territoriale Einflussgebiete und Privilegien abgerungen oder ungleiche Verträge erzwungen, oftmals in Verbindung mit horrenden pekuniären Entschädigungsforderungen.

Besonders interessant ist hierbei das ambivalente Verhalten des mandschurischen Herrscherhauses, das einerseits die Unterstützung der imperialen Mächte bei der Unterdrückung der chinesischen Bevölkerung bereitwillig annahm, andererseits aber aufgrund des unverhältnismäßig ansteigenden Fremdenhasses immer wieder bei verschiedensten Anlässen die totale, auch gewaltsame Vertreibung aller Ausländer aus China einforderte.³⁹

3.2 Die Hunaner Reform und die „Reform der 100 Tage“

Ab etwa 1850 bildete sich in der Region Hunan eine Gruppe intellektueller Reformisten, die, der inneren und äußeren Krise gewahr, durch Untergrundarbeit und publizistische Tätigkeiten Reformen und gesellschaftliche Modernisierung forderten und vorbereiteten.

Neben vielen chinesischen Auslandsstudenten, die sich um den Reformler Tang Caichang gruppierten, gehörte z.B. auch Sun Yatsen zu diesem mit guten Verbindungen in die Verwaltung ausgestatteten Kreis. Ihre Reformbemühungen gipfelten im Sommer 1900 in der Einberufung einer „Chinesischen Nationalversammlung“ in Shanghai. Hier wurde folgendes 5-Punkte-Programm verlesen: 1. Nichtanerkennung der mit Banditen (gemeint waren die Boxer) zusammenarbeitenden falschen Regierung; 2. Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Ausland; 3. Befriedung des inneren Chaos; 4. Bewahrung der Souveränität Gesamtchinas; 5. Verbreitung des kulturellen Fortschritts in China.⁴⁰ Neben diesen aktuellen politischen Forderungen lag den Hunaner Reformisten vor allem eine Reform des Bildungswesens am Herzen, in der die klassisch konfuzianische Literaturbildung zugunsten moderner westlicher Naturwissenschaften zurückgedrängt werden sollte. Nach dem frühzeitigen Scheitern des zur Durchsetzung der Forderungen geplanten Zili-hui-Aufstandes

³⁸ Vgl. Jesimow (1957), S. 150.

³⁹ Ebd., S. 151.

⁴⁰ Vgl. Hürter (2002), S. 270-274.

flüchteten die Mitglieder der Reformbewegung in alle Richtungen. Die meisten wurden aber in den folgenden Jahren aufgespürt und hingerichtet.⁴¹

Ein anderer großer Reformversuch kam aus dem Kaiserhaus selbst. Unter dem Druck der inneren und äußeren Krise und nach der Niederlage gegen Japan, kamen führende Mandarine zu der Überzeugung, dass über wirtschaftliche und militärische Reformen hinaus eine grundlegende politische Umwälzung unumgänglich geworden war. Mit ihren Forderungen nach der Abschaffung der Examen, einer Bildungsreform und der Einrichtung einer Wirtschaftskommission, gewannen Sie den jungen Kaiser Kuang hsi für ihre Pläne. Im Frühjahr 1898 nahm er die Reformen in Angriff. Nach nur 100 Tagen, in denen die Regentin Tsu hsi die konservativen Kräfte in der Beamtenschaft hinter sich brachte, ließ sie am 22.09.1898 den jungen Kaiser verhaften, die Mandarine hinrichten und riss die Regierungsgeschäfte vollständig an sich, nicht ohne die bereits eingeleiteten Neuerungen umfanglich zurück zu nehmen.⁴²

3.3 Der Boxeraufstand

Die Auswirkungen der spezifischen Spannungen und Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft sowie die imperialistische Politik der ausländischen Mächte gipfelten vorläufig, ab 1898, in den zusehends eskalierenden Unruhen, die im Westen als Boxeraufstand bekannt sind. Ihren Ursprung hatte die Boxerbewegung in einer Geheimgesellschaft, die seit dem späten 18. Jh. im Untergrund ihre antidynastischen Ziele verfolgte.⁴³ Den Namen „Boxer“ verdanken sie ihren morgendlichen Übungen, die dem Schattenboxen ähnelten, was beobachtende europäische Missionare zu dieser Benennung veranlasste.⁴⁴

Zu den antidynastischen Zielen gesellten sich bald auch fremdenfeindliche. Noch zu Beginn 1899 lautete der Kampfslogan auf ihren Bannern: „Stürzt die Ch`ing, vertreibt die Fremden“ durch die verdeckte Unterstützung der Regentin und ihrer Regierung änderte sich das Motto innerhalb desselben Jahres. Von nun an hieß es: „Stützt die Ch`ing, vertreibt die Fremden“.⁴⁵

Neben der wachsenden Arbeitslosigkeit und Ernteaussfällen mit nachfolgenden Hungerkatastrophen, war es vor allem die Praxis europäischer Missionare, konvertierte

⁴¹ Vgl. Hürter (2002), S. 275-280.

⁴² Vgl. Kieser (1984), S. 34 f.

⁴³ Vgl. Hürter (2002), S. 63.

⁴⁴ Vgl. Kieser (1984), S. 24.

⁴⁵ Vgl. Hürter (2002), S. 63.

Chinesen in anhängigen Gerichtsfällen unter ihre Protektion zu nehmen und gefällige Urteile zu erwirken, die den Volkszorn schürte und den Boden für die Aufständischen bereitete.⁴⁶

Diese Praktik und die andauernden piratenartigen Einfälle der Westmächte in China bestimmten so auch die bevorzugten Ziele und Opfer der Boxer. Sie schlachteten die chinesischen Konvertiten, die sie als Verräter betrachteten, zu hunderttausenden, überfielen und zerstörten christliche Missionen, Industrie- und Infrastrukturanlagen, z.B. Eisenbahnlinien, die den Lebensunterhalt der Lastenträger und Fuhrleute gefährdeten und Telegrafstationen.⁴⁷

Der Entschluss der Regentin, den Eindringlingen Widerstand zu leisten und die Boxer in „Gute“ und „Schlechte“ einzuteilen, gab dem Aufstand zusätzlich Auftrieb. Allerdings spricht es für die schwankende Haltung der Zentralregierung, dass kurze Zeit später die kaiserlichen Truppen den Befehl erhielten, gegen die „bösen“ Boxer vorzugehen.⁴⁸

Nach der offiziellen Forderung, nach der restlosen Vertreibung der Fremden durch die Regentin im Kronrat und der Ernennung des geheimen Führers der Boxer, Prinz Tuan, zum Außenminister, sammelten sich die Boxer unter dem Schutz chinesischer Truppen in Peking.⁴⁹

Nach den ersten Wellen der Übergriffe in der Hauptstadt, die durch Christenpogrome, Mord und Brandschatzung gekennzeichnet sind, ist am 19. Juni 1900 Peking in der Hand der Boxer und das Gesandtschaftsviertel wird die folgenden 55 Tage belagert.⁵⁰

Als am 20. Juni der deutsche Gesandte, Klemens von Kettler, ermordet wird, entsenden die Westmächte alliierte Entsatzungstruppen, die, mehrfach von chinesischen Truppen aufgehalten, am 16. August Peking eroberten.

Im darauf folgenden internationalen Boxerprotokoll musste China harte Bedingungen akzeptieren: 450 Mio. Silberdollar Entschädigung, Stop von Waffenimporten und Schleifung der Forts, demütigende Sühnegesandtschaften und der Erlass eines Verbots fremdenfeindlicher Aktionen.⁵¹

Seit dem Boxeraufstand kam China nicht mehr zur Ruhe. Die Westmächte dehnten ihre Rechte weiter aus. Trotz des verzweifelten Versuchs, doch noch begrenzte Reformen durchzuführen und der endgültigen Abschaffung des Beamtenprüfungssystems, wurde der Handlungsspielraum des Hofes immer enger.⁵²

⁴⁶ Vgl. Kieser (1984), S. 14 u. 18.

⁴⁷ Vgl. Hürter (2002), S. 63.

⁴⁸ Ebd., S. 64.

⁴⁹ Ebd., S. 61-65.

⁵⁰ Vgl. Kieser (1984), S. 70 u. 85 f.

⁵¹ Vgl. Fischer Weltgeschichte, (1979), S. 334.

⁵² Ebd., S. 335.

Obwohl der Süden Chinas vom Boxeraufstand weitgehend unberührt blieb, war die kaiserliche Regierung im Ergebnis der Kämpfe noch einmal extrem geschwächt und ihr Sturz 1911 nur noch eine Frage der Zeit. Zugleich verstärkte sich der Prozess der Verselbständigung von Militärführern und Generälen zu regionalen Machthabern, die ab 1916 zur Epoche der Warlords führte.⁵³

Mit dem Tod der Regentin und Kaiserwitwe 1908 und dem des Kaisers einen Tag danach, war der Konsens zwischen Mandschuren und Chinesen zerbrochen. Das kaiserliche China hatte faktisch aufgehört, zu existieren.

4. Ethische Grundlagen des kaiserlichen China

Neben den vorangegangenen ästhetischen Betrachtungen der altchinesischen Gesellschaft ist es für das Verständnis der chinesischen Reformfähigkeit in der 100-jährigen Krise notwendig, die damals vorhandenen ethischen Grundlagen, vor allem auch in Hinsicht auf die Bewertung der chinesischen Verhältnisse, im europäischen Diskurs zu untersuchen.

Während die im Volk populären religiösen Theorien des Taoismus und Buddhismus das metaphysische Vakuum füllten, war der Konfuzianismus mindestens 2000 Jahre lang die offizielle Doktrin des Beamtenstaates, die das Zentrum der traditionellen politischen Kultur Chinas bildete. Spätesten seit der Tang-Dynastie trug der Konfuzianismus stark legalistische Züge, er diente somit dem, seinem hydraulischen Wesen nach, despotisch-legalistischen und rein machtpolitisch orientierten Kaiserhaus zur Aufrechterhaltung der Herrschaft, die nach außen konfuzianisch-moralisch und humanistisch verbrämt wurde.⁵⁴

Der Konfuzianismus ist darauf ausgerichtet, dem Menschen eine ethische und politische Einstellung in allen Lebenslagen zu vermitteln. Sein Kerngedanke, als traditionelles Herrschaftskonzept, besteht darin, dass die Herrschaft von moralischen, sich ständig vervollkommnenden, edlen Menschen auszuüben ist. Die erhoffte Regierung eines weisen Herrschers mit seinen tugendhaften Beamten wird durch die wichtigsten konfuzianischen Tugenden Kindespietät und Loyalität und deren Ausdruck in Riten, zur Verkörperung der Beziehung von Hierarchie und Subordination, ergänzt.⁵⁵

In diesem Beziehungsgefüge werden keine Rechte gefordert, sondern Pflichten gesetzt. Wer den ethischen Normen zuwiderhandelt, gilt als Verräter und wird drakonisch bestraft.

⁵³ Vgl. Deppe (1999), S. 341.

⁵⁴ Vgl. Foster-Latsch (1988), S. 126 ff.

⁵⁵ Ebd.

So wenig wie in diesem System Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Platz finden, so wenig existiert darin die Vorstellung von der Autonomie des Individuums.⁵⁶

Der den Patriarchalismus ergänzende Monarchismus und Konfuzius mit seinen definierten Rollen der Einzelnen innerhalb eines klar vorgegebenen, hierarchisch organisierten, sozialen Netzes unter Verzicht der Individuen auf bestimmte Freiheitsrechte, war somit prädestiniert als Unterbau der auf Gemeinschaftsarbeit angewiesenen theokratisch-hydraulischen Gesellschaft.

Zu Beginn der Aufklärung war das Chinabild auch in Europa durchweg noch positiv. Ob es, nach Christian Wolff, die „Sineser“ mit nichts hielten „als was ihrem Einsehen nach, mit der menschlichen Vernunft aufs genaueste übereinkam“ und sie so zu einer Moral ohne äußere Autorität, allein aus vernünftiger Einsicht kamen. Oder ob sie, wie Voltaire meinte, es zwar „in der Wissenschaft nicht so weit gebracht haben wie wir, aber die Moral, als erste aller Wissenschaften, ganz außerordentlich vervollkommneten“.⁵⁷ Der Konfuzianismus wurde als Sieg der moralischen Macht durch natürliche Vernunft betrachtet.

4.1 Das Chinabild des deutschen Idealismus und Max Webers

Mit der grundsätzlich positiven und beispielgebenden Bewertung der chinesischen Ethik machte spätestens Hegel und der deutsche Idealismus Schluss, mit dem Verdikt der „reflexionslosen Substantialität“ des „orientalischen Wesens“, das die „Stufe der Einheit des Geistes mit der Natur“ nicht überschritten hat.

Hegel: „China am bloßen Anfang der Weltgeschichte noch ohne ‚Moment der Subjektivität‘, die Idee der Freiheit ist noch nicht entwickelt und der einzelne folgt reflexions- und selbstlos dem allgemeinen Willen.“⁵⁸

Auch Montesquieu resümiert: „In China herrscht nur Sklavengeist und strengste Knechtschaft.“ Er schreibt China kein Potential zur Entwicklung des Besseren zu, da nicht nur der determinierende Naturfaktor konstant bleibt, sondern allein schon die kompakte Gesellschaftsstruktur keinen Ansatzpunkt für Wandel bietet.⁵⁹

Aus diesen Überlegungen ergab sich der Archetyp aller späteren China zugeordneten Etikettierungen, wie z.B. Universismus, mythisches Denken, Naturfetischismus, prinzipiell

⁵⁶ Vgl. Foster-Latsch (1988), S. 126 ff.

⁵⁷ Vgl. Roetz (1992), S. 21f.

⁵⁸ Vgl. Hegel (1999), S. 152 f.

magisches Weltbild oder a-dihäretisches Denken. Im Grunde bedeutet das nichts anderes, als dass China keine Epoche der „Aufklärung“ hatte, denn diese hätte, nach europäischer Vorstellung, eben die Emanzipation des Denkens, sowohl von den Institutionen als auch der Natur bedeutet.⁶⁰

Das Bild eines unaufgeklärten, rückständigen und zu keiner Weiterentwicklung fähigen Chinas, wird von den religionssoziologischen Betrachtungen Webers noch erhärtet.

Der Konfuzianismus ist laut Weber eine „Ethik der Anpassung“, welche die Menschen höchst absichtsvoll in ihren naturgewachsenen oder durch Über- bzw. Unterordnungsverhältnissen gegebenen persönlichen Beziehungen belässt.⁶¹

Ähnlich wie im pharaonischen Ägypten ist der chinesische Kaiser verantwortlich für die Stromregulierung (hydraulisches Regime) als Voraussetzung aller rationalen Wirtschaft. Als Träger der göttlichen Ordnung wird er bemessen am Wohlergehen der Bevölkerung und ist, als Ausdruck der Trägerschaft des „Mandat des Himmels“, verantwortlich für das Erntewetter und den Erhalt der inneren Ordnung.

Ein Kaiser, der daher z.B. das absolut göttliche Naturrecht der Ahnenverehrung alteriert hätte, würde damit gezeigt haben, dass er von seinem Charisma (der Ausdruck „Mandat des Himmels“ ist vermutlich die chinesische Entsprechung zum Begriff des „Charismas“), verlassen und unter dämonische Gewalten geraten war. In diesem Fall musste er aus dem Amt weichen.⁶²

Den extremen Traditionalismus begründet Weber im Pfründeinkommen des verwalteten Beamtentums. Die kurzen Amtszeiten erforderten, soviel als möglich aus dem Amt herauszuwirtschaften. Jede Neuerung konnte die Interessen jedes einzelnen Angehörigen dieser Kaste gegenwärtig oder künftig gefährden.

Dem können wir aus unseren Betrachtungen der hydraulischen Wirtschaft noch den konservierenden Traditionalismus zur Systemerhaltung hinzuzählen.

In der Sippe sieht Weber einen Selbsthilfeverband gegen diese cäsaropapistische Regierung und ihre Beamten; die Sippe als eigentliches Regulativ des gesellschaftlichen Lebens und des Rechts.⁶³ Dies ließe sich ebenfalls durch die oben geschilderte Rolle der Familie in hydraulischen Systemen ergänzen.

Der konfuzianischen Ethik wird also generell, genauso wie der chinesischen Gesellschaft, grundsätzlich die Fähigkeit zur Modernisierung und Reform abgesprochen.

⁵⁹ Vgl. Roetz (1992), S. 22 f.

⁶⁰ Ebd., S. 20.

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Weber (1948), S. 70 f.

⁶³ Ebd., S. 74.

4.2 Die Gegenthese von Heiner Roetz

Mit dem positiven Ansatz der frühen Aufklärung und dem Negativen des deutschen Idealismus, sieht nun Roetz die zwei vorherrschenden, entgegengesetzten Grundpositionen der westlichen Deutung Chinas, idealtypisch abgesteckt.

Auf der einen Seite das Paradigma des Substanziellen, das die westliche Interpretation der chinesischen Ethik beherrscht, auf der anderen Seite die Begeisterung der modernen, westlichen Lebensweise Überdrüssiger, an der vermuteten Einheit von Mensch und Natur.⁶⁴

Beide Seiten monieren aber die Rückständigkeit Chinas.

Roetz stellt nun, von Jaspers Theorie der Achsenzeiten ausgehend, hierzu eine Gegenthese auf:

China erlebte schon zur „Achsenzeit“ eine Epoche der frühen Aufklärung, einer reflektierten Distanzierung des bis dato Gültigen und des Durchbruchs zu einem „postkonventionellen“ Denken. Seither verfügt China über einen textlich fixierten Bestand an kritischem Bewusstsein, dessen Möglichkeiten nie ausgeschöpft wurden.⁶⁵

Neben dem Zukunftspotential konfuzianischer Tugend in Wirtschaft und Staat und einem „dritten Weg der nichtregressiven Aneignung der Tradition“ zwischen Tradition und Fortschritt bietet er in diesem Zusammenhang auch eine andere Erklärung für die, nur scheinbare, Rückständigkeit Chinas an:

Nämlich eine auf Needham aufbauende These, der bewusst in Kauf genommenen Stagnation als rationales Wirtschaftsverhalten.

Das an der Spitze der Entwicklung produktiver Kräfte stehende China des 14. Jh. mit der weltweit führenden, mechanisierten Industrie stieß auf das sinkende Pro-Kopf-Einkommen aus dem Verhältnis wachsender Bevölkerungszahlen und knapper werdenden Ressourcen. Diese Verbilligung der Arbeitskraft und die Verteuerung der Ressourcen verhinderte weitere Innovationen.

Da China auch zu dieser Zeit teils aus Motivmangel (Reisanbau braucht weniger Platz als Weizenanbau und Rinderzucht), teils aus ethischen Gründen auf Angriffskriege zur Expansion verzichtete, war zum einen keine Waffenentwicklung nötig, zum anderen musste der Broterwerb der Massen gesichert werden.⁶⁶

Man kann also sagen, China verzichtete aus wohlüberlegten Gründen bewusst auf technischen Fortschritt.

⁶⁴ Vgl. Weber (1948), S. 24.

⁶⁵ Ebd., S. 17 f.

⁶⁶ Vgl. Weber (1948), S. 15, FN 2.

Um die Situation zu stabilisieren und zu konservieren, stülpte der erste Kaiser schon im 13. Jh. einen traditionellen, im Zugang elitären und unflexiblen Beamtenapparat über. Der Ahnenkult sowie die traditionale soziale Integration der Gesellschaft wurden gestützt.

Diese Betrachtungsweise bestätigt nun aber die bisherigen Betrachtungen über den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang der Reformunwilligkeit Chinas im 19. Jh.

Die neue materiale Konfrontation mit den nun technisch weiterentwickelten Europäern und die im Grunde unveränderten Produktionsverhältnisse (Hohes Arbeitsangebot – knappe Ressourcen), stürzten das mittlerweile in Tradition erstarrte Establishment in einen Widerspruch, der, abgesehen von einigen mutigen Reformern wie z.B. Tang Caichang oder Sun Yatsen, nicht vermittelt werden konnte.

Vor dem Hintergrund der Theorie der „Asiatischen Produktionsweise“ schließt sich der Verfasser allerdings gegen Roetz der Auffassung einer ungebrochenen faktischen Substantialität, als strukturelle Bedingung der Absicherung des Herrschaftsanspruches des hydraulischen Regimes, an, unterstützt aber die von ihm angenommene grundsätzliche Anpassungsfähigkeit des Konfuzianismus an veränderte Bedingungen.

5. Abgleich mit dem Habermasschen Krisenbegriff

Für die eigentliche Frage nach dem Krisenbegriff spielt jedoch nur die bloße Feststellung der faktischen Stationarität der chinesischen Gesellschaft im 19. Jh. eine Rolle.

Krisen entstehen, nach Habermas, wenn die Struktur eines Gesellschaftssystems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zulässt, als zur Bestandserhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müssten.⁶⁷

In diesem Sinne erscheint uns die chinesische Modernisierungskrise geradezu als ein klassisches Beispiel, da das hydraulische System die vom Ausland importierten Modernisierungsanforderungen nicht kompensieren konnte ohne selbst an den neuen Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen kaputt zu gehen.

Die chinesische Modernisierungskrise erfüllt von daher die begrifflichen Voraussetzungen der Habermasschen Systemkrise.⁶⁸

⁶⁷ Vgl. Habermas (1973), S. 11.

⁶⁸ Ebd., S. 9.

Wenn die Gesellschaftsmitglieder den Strukturwandel als bestandsgefährdend erfahren und sich in ihrer sozialen Identität bedroht fühlen, Umstände, die man wohl spätestens im Boxeraufstand der chinesischen Gesellschaft zuschreiben kann, spricht Habermas von einer Identitätskrise.⁶⁹

Hierzu kommt der Identitätsverlust, sobald Nachgeborene sich in konstitutiven Überlieferungen nicht mehr wieder erkennen, was man für die Gruppe der Hunaner Reformisten jederzeit konstatieren kann.

Auch ungelöste Steuerungsprobleme sind im Umgang des damaligen Regimes mit Arbeitslosigkeit, Hunger, Pauperisierung und Korruption ohne weiteres festzustellen.⁷⁰

Obwohl sich die hydraulische Struktur des kaiserlichen Chinas schwerlich eindeutig in die Habermasschen Organisationsprinzipien⁷¹ einordnen lässt, handelt es sich natürlich um ein Gesellschaftssystem, das auch Systemkrisen ermöglicht.

Der ökonomische Krisenbegriff, der aus der Kapitalakkumulation entspringt, ist allerdings auf das China im 19. Jh. nicht anwendbar, da zum einen privates Eigentum keine große Rolle spielte und zum anderen wenig nationales Kapital akkumuliert werden konnte. Es sei denn, man sieht im chinesischen Regime einen Monopolkapitalisten, auf den sich die eigentlich auf den Spätkapitalismus zugeschnittene Agenturtheorie übertragen lässt.⁷²

Strukturfremde Orientierungen, wie der importierte Modernisierungsdruck, erzwingen es durch die Logik seiner Steuerungsmittel, immer mehr systemfremde Elemente zuzulassen.⁷³

Der hierfür besonders empfindlichen hydraulischen Struktur entsteht dadurch eine direkte Bestandsgefahr.

Damit war ein Rationalitätsdefizit gegeben. Der hydraulische Staatsapparat war nicht in der Lage, positive Steuerleistungen zur Modernisierung des ökonomischen Systems aufzubringen. Auch ein Legitimationsdefizit war erkennbar. Legitimationswirksame normative Strukturen ließen sich mit administrativen Mitteln nicht mehr aufrechterhalten, wofür der Untergang des Kaiserhauses in Folge des Boxeraufstandes als Beispiel dienen mag.⁷⁴

Diese systematischen Output-Krisen führten zum Legitimationsentzug, in China gleichbedeutend mit dem Entzug des „Mandat des Himmels“, und damit zu einer soziokulturellen Krise, in der die soziale Integration von Mandschuren und Chinesen zerbrach

⁶⁹ Vgl. Habermas (1973), S. 12.

⁷⁰ Ebd., S. 13.

⁷¹ Ebd., S. 30ff.

⁷² Ebd., S. 68.

⁷³ Ebd., S. 69.

⁷⁴ Ebd., S. 70.

und die legitimierende Funktion der konfuzianischen Staatsideologie unterging. Diese Vorgänge lassen sich relativ problemlos als Motivationskrise begreifen.⁷⁵

Somit wären alle vier von Habermas benannten Krisentypen, nach einigen Übertragungsleistungen, in der Alt-chinesischen Gesellschaft auffindbar.

Wegen der kapitalismusfremden Produktionsverhältnisse der „asiatischen Produktionsweise“ kann jedoch eine Übertragung im Maßstab 1:1 nicht erfolgen. Grundsätzlich verträgt sich der marxistische, auf Produktionsverhältnisse konzentrierte, historische Materialismus nicht mit der Theorie der „Asiatischen Produktionsweise“, was Marx wohl auch selbst reflektierte und später bei Kommunisten zur rigorosen Ablehnung dieser Theorie führte.⁷⁶

Von daher sind inhaltliche Gleichsetzungen von chinesischen Verhältnissen mit marxistischen Krisentheorien, die Habermas als Grundlage dienen, mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Trotzdem erscheint eine zumindest formale gemeinsame Begriffsnutzung möglich.

6. Zusammenfassung und vorläufiges Resümee

Nach Ansicht des Verfassers kann man daher auch in einem begrifflich europäischen Sinn von zwei parallelen Krisen im China des 19. und beginnenden 20. Jh. sprechen.

Einerseits gab es eine langwierige Phase wachsender Spannungen und traditional konservierter Gesellschaftsverhältnisse eines zum Systemerhalt an stationären Verhältnissen ohne gesellschaftliche oder ökonomischen Weiterentwicklung interessierten herrschenden, hydraulischen Regimes, welches den Erhalt der Arbeit (und damit die Versorgung der Bevölkerung) auf unterentwickeltem technischem Standard erhalten wollte. Konfrontiert mit den imperialen Fremdmächten, die technisch und wirtschaftlich weit überlegen beutehungrig im eigenen Lande stehen, zusätzlich mit erpressten Tributzahlungen den Staatshaushalt ruinieren und damit gleichzeitig einen raschen Zukauf moderner Technik verhindern. Also ein unvermittelter Widerspruch, der in einer exogenen Modernisierungskrise mündet.

Auf der anderen Seite gab es eine von der Ohnmacht des Kaiserhofes gegen die Fremden und der eigenen Pauperisierung verunsicherten Bevölkerung, die sukzessive mit der Verarmung des Staates, mehrerer Missernten und der nicht aufrechterhaltenen inneren Ordnung das Vertrauen in das „Mandat des Himmels“ ihres Herrscherhauses verliert. Die Folge ist eine

⁷⁵ Vgl. Habermas (1973), S. 70 f.

⁷⁶ Vgl. Wittfogel (1962), Einleitung.

sich allmählich verstärkende zusätzliche Legitimationskrise als Auslöser der Unruhen und als Vorbote des Untergangs der alten Gesellschaftsordnung.

Die interessierende weiterführende Frage wird also sein, ob es der modernisierten chinesischen Gesellschaft gelingt, den wieder erstarkenden Neokonfuzianismus in Verbindung mit der aktuell erprobten kapitalistischen Produktionsweise zusammen zu führen, zu reformieren und so eine Wirtschaftsethik zu gestalten, die dann auch Denkalternativen für die übrige postmoderne Welt anbietet.

Literatur

- Awarin**, W.J. (1957): in (Sammelwerk, o.V.): „China – Eine Großmacht im Wandel der Jahrtausende“, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.
- Buck**, Pearl S. (1966): „China – Gestern und heute“, Fischer TB Verlag, Frankfurt/M.
- Deppe**, Frank (1999): „Politisches Denken im 20. Jahrhundert“, VSA, Hamburg.
- Fischers Weltgeschichte**, (1979): „Das Chinesische Kaiserreich“, Band 19, Fischer TB Verlag, Frankfurt/M., 4. Aufl.
- Foster-Latsch**, Helmut (1988): „Demokratie kann man nicht von oben nach unten gewähren“ in „China im Widerspruch“, Rowohlt, Hamburg.
- Habermas**, Jürgen (1973): „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Hegel**, G.W.F. (1999): „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“, Suhrkamp, Frankfurt/M., 5. Aufl.
- Hürter**, Jens (2002): „Tang Caichang (1867-1900)“, LIT Verlag, Hamburg.
- Jesimow**, G.W. (1957): in (Sammelwerk, o.V.): „China – Eine Großmacht im Wandel der Jahrtausende“, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.
- Kieser**, Egbert (1984): „Als China erwachte: Der Boxeraufstand“, Bechtle Verlag, Esslingen.
- Roetz**, Heiner (1992): „Die chinesische Ethik der Achsenzeit“, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Tobel**, Urs v. (1975): „China im Spiegel der britischen Presse 1896-1900“, Diss., Zentralstelle der Studentenschaft, Zürich.
- Weber**, Max (1948): „Aus den Schriften zur Religionssoziologie“, Georg Kurt Schauer, Frankfurt/M.
- Wittfogel**, Karl (1962): „Die orientalische Despotie“, Kiepenheuer + Witsch, Köln, Berlin.